

## Bekanntmachung

Über ein Schlachtverbot für trüchtige Kühe und Sauen.

Vom 26. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Kühe, Rinder, Kalbinnen, sowie Sauen, welche sich in einem derart vorgeschrittenen Zustand der Trächtigkeit befinden, daß diese den mit ihnen beschäftigten Personen erkennbar ist, dürfen nicht geschlachtet werden.

§ 2. Ausnahmen können in Einzelfällen bei Vorliegen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses von den durch die Landeszentralbehörden bestimmten Behörden zugelassen werden.

§ 3. Das Verbot (§ 1) findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde, oder weil es infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind jedoch der nach § 2 zuständigen Behörde spätestens innerhalb dreier Tage nach der Schlachtung anzuzeigen.

§ 4. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

Sie können weitere Beschränkungen für das Schlachten von Vieh anordnen.

§ 5. Wer diese Verordnung oder die auf Grund des § 4 erlassenen Bestimmungen oder Anordnungen übertreißt, wird mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem 3. September 1915 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Diese Verordnung findet auf das aus dem Auslande eingeführte Schlachtvieh keine Anwendung.

Berlin, den 26. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers  
Delbrück.

## Bekanntmachung

Über ein Schlachtverbot für trüchtige Kühe und Sauen.

Vom 30. August 1915.

Zur Zulassung von Ausnahmen auf Grund von § 2 der Bundesratsverordnung vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 515) sind die Großh. Kreisämter zuständig.

Unsere auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 19. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 536) erlassene Bekanntmachung, das Schlachten von Schweinen und Kälbern betreffend, vom 12. Februar 1915 (Reg.-Bl. S. 11) bleibt in Kraft.

Darmstadt, den 30. August 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Hombergk.

Salomon.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln, sowie von ärztlichen Instrumenten und Geräten, bringe ich hierdurch unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1915 (Reichsanzeiger Nr. 119 vom 25. Mai 1915) zur öffentlichen Kenntnis, daß die folgenden Gegenstände unter das Verbot fallen:

1. alle Stoffe, Verbindungen und Zubereitungen, die zur Verhütung, Erkennung und Behandlung von Krankheiten, Leiden und Körperschäden jeder Art für Menschen und Tiere dienen;
2. Verbandwatte, Verbandgaze und andere Verbandmittel;
3. chirurgische und andere ärztliche Instrumente und Geräte zur Verhütung, Erkennung und Behandlung von Krankheiten für Menschen und Tiere, zum Gebrauch bei der Krankenpflege und in den Laboratorien, sowie Teile solcher Gegenstände und Halbfabrikate;
4. chemische und bakteriologische Geräte, auch Teile davon und Halbfabrikate;
5. Material für bakteriologische Nährböden, wie Agar-Agar, Lactusfarbstoff;
6. Schutzimpfstoffe und Immunsera, wie Schutzsera, Heilsera, diagnostische Sera;
7. Versuchstiere.

Berlin, den 1. September 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Delbrück.

## Uebersicht

über die in der Stadt Gießen zu erhebenden Gemeindeumlagen für das Rechnungsjahr 1915.

Gießen. Umlagenbedarf der politischen Gemeinde 1 518 246 Mark; Ausschlagsgrundlagen: Steuerwert des Vermögens 238 575 300 Mark, staatliche Einkommensteuer 592 272,00 Mark; Ausschlagskoeffizienten in Pfennig auf 100 M. Steuerwert des Vermögens: 26,4, auf 1 M. staatliche Einkommensteuer 150 M. Sonstige Ausschläge: Umlagenbedarf auf die evangelischen Pfarreien: 68 000,00 Mark; Ausschlagskoeffizienten in Pfennig auf 100 M. Steuerwert des Vermögens: 2,1, auf 1 M. staatliche Einkommensteuer: 10. Umlagenbedarf auf die katholische Pfarreien: 5000,00 Mark; Ausschlagskoeffizienten in Pfennig auf 100 M. Steuerwert des Vermögens 2,1, auf 1 M. staatliche Einkommensteuer: 10.

Vorliegende Uebersicht wird als richtig bezeugt und mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Erhebung der Umlagen in sechs Zieten, von denen das 1. und 2. Ziel im Juli, das 3. im September, das 4. im November 1915, das 5. im Januar 1916, das 6. im März 1916 fällig ist, erfolgen soll.

Gießen, den 24. Juli 1915.  
Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

Betr.: Zustellung der Gemeindesteuerzettel.

## An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeindesteuerzettel alsbald nach Empfang den Steuerpflichtigen insbesondere auch den Ausmärkern zugestellt werden.

Der Großh. Bürgermeister hat den mit der Zustellung zu beauftragenden Gemeindebeamten schriftlichen Auftrag zu erteilen, innerhalb welcher Frist die Zustellung der Zettel zu bewirken ist. Der Vollzug dieses Auftrags ist von den betreffenden Gemeindebeamten schriftlich zu bezeugen. Da an die Zustellung der Anforderung unter Umständen bestimmte Folgen geknüpft werden (z. B. Berechnung der Frist für Steuerrückstände bei Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen; siehe hierzu auch die Anmerkung 3 zu Art. 39 L. V. D. in der amtlichen Handausgabe, und § 4 Biff. 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes) ist es wichtig, wenn der Tag der Zustellung bekannt ist. Die Zustellung sämtlicher Steuerzettel kann in größeren Gemeinden kaum an einem Tag erfolgen. Der Bürgermeister hat deshalb unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse den Tag, an dem die sämtlichen Steuerzettel als zugestellt zu gelten haben, alljährlich nach erfolgter Zustellung der Steuerzettel festzusetzen und auf ortsübliche Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Sie wollen das hiernach Erforderliche sofort veranlassen und demnächst berichten, an welchem Tag die Zustellung stattgefunden hat.

Die Namen der Steuerpflichtigen, denen die Zettel nicht zugestellt werden konnten, sind von den mit der Zustellung beauftragten Gemeindebeamten in ein Verzeichnis aufzunehmen, das von dem Bürgermeister dem Gemeinderat zur Weiterverfolgung sofort zu übergeben ist.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Steuererhebrollen nicht mehr offen gelegt werden. Die Rechtsmittel gegen die Veranlagung sind vielmehr die gleichen wie gegen die Veranlagung zu Staatssteuern.

Gießen, 2. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

## Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915.

## Merksblatt über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915.

(Verordnung des Bundesrats vom 28. Juni 1916, Reichsgesetzbl. S. 384.)

I. Beschlagnahme. Sämtliche im Reich angebaute Gerste ist mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk sie gewachsen ist (§ 1 der Verordnung).

II. Trotz der Beschlagnahme behalten die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe die eine (erste) Hälfte ihrer Gerstenvorräte zu ihrer Verfügung (vergl. Ziffer III, 1). Die andere (zweite) Hälfte ist, soweit sie nicht zu den in der Verordnung zugelassenen, unten näher erläuterten Zwecken veräußert oder verwendet wird, dem Kommunalverband auf Verlangen käuflich zu liefern.



### III. Welche Veränderungen an seinen Gersten-Vorräten und welche rechtsgeschäftlichen Verfügungen über sie kann der landwirtschaftliche Unternehmer vornehmen? Er kann:

1. die erste Hälfte (§ 6, Abs. 1) als Saatgut oder zu sonstigen beliebigen Zwecken (als Viehfutter, zum Rösten, Vermahlen usw.) in dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb verwenden.
2. sowohl aus der ersten als auch aus der zweiten Hälfte seiner Ernte Gerste
  - a) im eigenen gewerblichen Betriebe (Brennerei, Brauerei usw.) verarbeiten, jedoch stets nur bis zur Höhe des ihm zugewiesenen Kontingents (§ 6, Abs. 2);
  - b) als selbstgezeugte Saatgerste zu Saatweiden liefern, sofern dem Kommunalverbande der Nachweis erbracht ist, daß der Unternehmer sich in den letzten beiden Jahren mit dem Verkauf von Saatgerste befaßt hat (§ 7 Abs. 1 a). Dies gilt ohne weiteres nur bei anerkannten Saatgutwirtschaften als erwiesen, in allen anderen Fällen ist vorher vom Kommunalverband die Entscheidung der Reichs- oder Landesfuttersmittellstelle einzuholen. Abgabe an Händler nur in plombierten Säcken;
  - c) an gewerbliche Betriebe mit Kontingent gegen Vorlage von Bezugsscheinen (§§ 7 b und 20) verkaufen; zu b und c: Anzeige binnen 3 Tagen nach Abschluß des Geschäftes an den Kommunalverband, bei Ausfuhr über die Kreisgrenze Einholung seiner Genehmigung!
  - d) an die von der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung ausgegebenen Stellen (Heeresverwaltung, Marineverwaltung, Kommunalverbände) liefern (§§ 7 b und 20). Die Zentralfstelle wird aber alle Lieferungen nur durch den Kommunalverband ausführen lassen, so daß außer zu b und c alle Ablieferungen nur an den Kommunalverband erfolgen.

IV. Weitere Veränderungen an den beschlagnahmten Beständen oder rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind nur mit Zustimmung des Kommunalverbandes zulässig (§ 2), im übrigen streng untersagt. Der Kommunalverband darf unter anderem die Genehmigung zu Verkäufen von Gerste aus der ersten Hälfte zu Futterzwecken u. dgl. innerhalb des Kreises erteilen. Er darf auch, indem er gemäß § 11 Abs. 3 der Verordnung auf Lieferung verzichtet, ausnahmsweise einzelnen Besitzern Gerstenmengen aus der zweiten Erntehälfte zur Verwendung im eigenen Betriebe freigeben, jedoch nur „unbeschadet seiner Lieferungs-pflicht“, d. h. nur dann, wenn er sich von anderen Produzenten die freiwillige Lieferung einer entsprechenden Menge aus der ersten Erntehälfte gesichert hat.

V. Enteignung. Liefert ein landwirtschaftlicher Unternehmer die vom Kommunalverband angeforderte Gerste nicht freiwillig, so kann das Eigentum an der Gerste durch Anordnung der zuständigen Behörde auf bestimmte Personen übertragen werden. Der Uebernahmepreis wird in diesem Falle von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt.

VI. Anrechnung auf die zweite Hälfte. Der Gerstenbesitzer darf auf die dem Kreis-Kommunalverbande zu liefernde Hälfte anrechnen: was zulässigerweise nach III, 2 im eigenen gewerblichen Betriebe verarbeitet oder an andere Betriebe mit Kontingent abgegeben, was ferner als Saatgerste oder auf Anforderung der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung geliefert worden ist (§ 12 der Verordnung).

VII. Eine Ausfuhr von Gerste aus dem Bezirk des Kommunalverbandes darf nur stattfinden, wenn sie geliefert werden soll:

1. an die von der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung ausgegebenen Stellen, oder
2. als Saatgerste zu Saatweiden, oder
3. an Betriebe mit Kontingent (§ 20 Abs. 1).

Die Zustimmung des Kommunalverbandes ist nötig! Die Eisenbahn nimmt Gerste zum Versand nur an, wenn eine Ausfuhrbescheinigung des Kommunalverbandes oder ein Militärfrachtbrief, der die Stempel des Kriegsministeriums und der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung trägt, vorgelegt wird.

VIII. Kontingent-Betriebe. Als kontingentiert bezeichnet werden Betriebe im Sinne des § 20 der Verordnung kommen nur in Betracht: Brauereien, Brennereien, Breibereifabriken, Gersten- und Malzstoffsabriken, Graupenmühlen, Malzextraktfabriken und Malm-Brauereien.

Diese Betriebe können Gerste nur erwerben durch die Gerstenverwertungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 69 a, der die auf die Kontingente der einzelnen Betriebe entfallenden Gerstenbezugsrechte von der Reichsfuttersmittellstelle ausschließlich zugewiesen werden. Anträge auf Zuweisung von Gerste oder auf Erlaubnis, als Kommissionär dieser Gesellschaft die Gerste selbst einzukaufen zu können, sind nur an die Gerstenverwertungs-Gesellschaft zu richten.

IX. Wer darf Gerste kaufen? Als Einkäufer von Gerste kommen nach Vorstehendem nur in Betracht:

1. die Kommunalverbände,
2. die Käufer von Saatgerste,

3. die Gerstenverwertungs-Gesellschaft und deren Beauftragte,
4. diejenigen Personen, denen der Kommunalverband nach Ziffer IV die Genehmigung im Einzelfalle erteilt.

X. Ablieferungspflicht der Kommunalverbände. Die Kommunalverbände haben der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung diejenigen Mengen an Gerste zur Verfügung zu stellen und nach deren Anweisung zu liefern, welche die Reichsfuttersmittellstelle innerhalb der Hälfte der Gesamternte des Kommunalverbandes festsetzt (§§ 20 a und 23).

Auf diese Mengen ist anzurechnen:

1. was innerhalb des Kreises von landwirtschaftlichen Betrieben in eigenem Kontingent verarbeitet worden und was an andere kontingentierete Betriebe geliefert worden ist. In Höhe dieser anzurechnenden Mengen sind Bezugsscheine abzuliefern.
2. was nach außerhalb auf Verfügung der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, sowie zu Saatweiden (Saatgerste) und an kontingentierete Betriebe auf Bezugsscheine abgegeben worden ist (§ 24). Wegen Ablieferung der Bezugsscheine gilt das gleiche wie zu 1.

IX. Strafbestimmungen. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark wird bestraft:

1. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseite schafft, insbesondere aus dem Bezirke des Kommunalverbandes entfernt, für den sie beschlagnahmt sind, sie beschädigt, zerstört, verarbeitet oder verbraucht;
2. wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- und Erwerbsgeschäft über sie abschließt;
3. wer als Saatgerste erworbene Gerste ohne Genehmigung der zuständigen Behörde zu anderen Zwecken verwendet.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark wird bestraft, wer unbefugt Gerste verarbeitet.

Unbefugt verarbeitete oder erworbene Gerste verfällt ohne Entgelt zugunsten der Zentralfstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung.

Betr.: Den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915.

#### An die GrobH. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie wiederholt auf örtliche Weise zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Gießen, den 6. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Die Gerste aus der Ernte 1915.

Zum Ankauf der von dem Kommunalverband Gießen und der für die Gerste-Verwertungs-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin W. 8, Wilhelmstraße 69 a, zu erwerbenden Gerste ist die Firma Vereinigte Getreidehändler G. m. b. H. in Gießen beauftragt worden.

Sie selbst und deren Beauftragte (Unterkommissionäre), die sich als solche entsprechend ausweisen können, haben allein das Recht, die für den Kommunalverband Gießen und die Gerste-Verwertungs-Gesellschaft zu liefernde Gerste aufzukaufen.

Gießen, den 6. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

#### An die GrobH. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist auf örtliche Weise zur Kenntnis der Interessenten zu bringen.

Gießen, den 6. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

#### Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide; hier: die Ausfuhr-Mengen.

Das Direktorium der Reichsgetreidekasse in Berlin hat durch Beschluß vom 19. August 1915 festgesetzt, daß an Saatgut auf den Hektar folgende Höchst-Mengen verwendet werden dürfen;

bei Winter-Moggen	155 kg
bei Sommer-Moggen	160 kg
bei Winter-Weizen	190 kg
bei Sommer-Weizen	185 kg
bei Spelz	210 kg

Bei Mischfrucht gelten diese Sätze nach dem Mischverhältnis der einzelnen Früchte.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntnis bringen, weisen wir noch besonders darauf hin, daß zwar eine sparsame Verwen-



ding des Saatguts unbedingt gefordert werden muß, berart jedoch, daß hierdurch nicht die künftige Ernte beeinträchtigt werden darf.  
Gießen, den 6. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

### An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Vorliegende Bekanntmachung wollen Sie wiederholt auf ordnungsgemäße Weise zur öffentlichen Kenntnis bringen.  
Gießen, den 6. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

Betr.: Die Fortbildungsschule.

### An die Schulvorstände des Kreises.

Wir ersuchen Sie, die Verzeichnisse derjenigen Schüler, die im kommenden Winter die Fortbildungsschule zu besuchen haben, alsbald in doppelten Exemplaren aufzustellen; ein Exemplar ist bei Ihren Akten zu behalten und das andere uns bis spätestens den 1. Oktober l. J. zur Prüfung einzusenden. Wir werden dieses nur zurückgeben, wenn sich Beanstandungen ergeben. Erfolgt keine Rückgabe, so ist das Verzeichnis als genehmigt anzusehen.

In die Liste sind alle Schulpflichtigen einzutragen. Bei den von auswärts eintretenden Schülern ist die Gemeinde anzugeben, aus der sie kommen.

Solche Schüler, die aus ihrer Gemeinde in andere Gemeinden übertreten, sind gesondert anzugeben, und es ist bei ihnen zu bescheinigen, daß die Schulvorstände der Gemeinden, in welche sie übertreten, entsprechende Mitteilungen erhalten haben.

Gefuche um Befreiung vom Besuche der Fortbildungsschule können nur berücksichtigt werden, wenn sie bis zum 15. Oktober l. J. bei uns eingegangen sind.

In den Listen ist bei den außerhalb arbeitenden Schülern Arbeitsort und Arbeitgeber anzuführen. Dies hat auch bei jeder Ueberweisung zu geschehen. Solche Schüler, die überwiesen sein wollen, haben dies schon jetzt zu erklären, damit die Ueberweisung rechtzeitig erfolgen kann.

Ueberweisungen vom Wohnort nach dem Beschäftigungsort erscheinen nur dann rätlich, wenn die zu Ueberweisenden die Fortbildungsschule in ihrem Beschäftigungsort voraussichtlich längere Zeit besuchen werden.

Die Unterrichtszeit bleibt entsprechend der Verordnung vom 6. Oktober 1900 bestehen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß der Unterricht nach Artikel 17 des Volksschulgesetzes auf vier bis fünf Wintermonate zu verteilen ist.

Gießen, den 3. September 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.  
Dr. Ufinger.

Betr.: Die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben.

### An die Schulvorstände der Landgemeinden des Kreises.

Die Verzeichnisse der gewerblich tätigen Kinder sind bis spätestens 15. Oktober l. J. hierher einzureichen.

Zur Erleichterung der Prüfung dieser Verzeichnisse wird ersucht, bei deren Aufstellung gedruckte Formulare, die bei Wilhelm Klee in Gießen zu haben sind, zu benutzen.

Wir erwarten pünktliche Einsendung.

Gießen, 3. September 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.  
J. B.: Dehler.

### Bekanntmachung.

Betr.: Einsendung der Kreisabdeckerverzeichnisse für Monat August 1915.

### An das Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern Sie an umgehende Vorlage der Abdeckerverzeichnisse für Monat August 1915.

Gießen, den 1. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Dehler.

### Bekanntmachung.

Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Nuttershausen.

Die Seuche ist erloschen. Die Sperrmaßnahmen werden hiermit aufgehoben.

Gießen, den 6. September 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Demmerde.

### Bekanntmachung.

Wegen Vornahme von Wasserarbeiten wird die Bismarckstraße zwischen Süd-Anlage und Stephanstraße und die Allee zwischen Frankfurter Straße und Ludwigstraße bis auf weiteres für den Fuhr- und Radfahrverkehr polizeilich gesperrt.  
Gießen, den 4. September 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.  
Demmerde.

### Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

35. Woche. Vom 22. bis 28. August 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32 900 (inkl. 1800 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 20,00‰.

Nach Abzug von 7 Ortsfremden: 9,50‰.

Es starben an	Zuf.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Rinder vom 2. bis 15. Jahr
Altersschwäche	1 (1)	1 (1)	—	—
Kindbettfieber (Abort)	1 (1)	1 (1)	—	—
Diphtherie	1 (1)	—	—	1 (1)
Tuberkulose	2 (1)	2 (1)	—	—
Gehirnschlag	1	1	—	—
anderen Krankheiten des				
Nervensystems	1 (1)	1 (1)	—	—
Atrophie der Rinder	1 (1)	—	1 (1)	—
Bauchfellentzündung	1	1	—	—
Rebs	8 (1)	3 (1)	—	—
Verunglückung	1	1	—	—
Summa:	13 (7)	11 (5)	1 (1)	1 (1)

Unm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

### Märkte.

1c. Frankfurt a. M. Viehhofmarktbericht vom 6. Sept. Auftrieb: Rinder 2118 (Ochsen 237, Bullen 64, Kühe und Färsen 1817), Kälber 417, Schafe 83, Schweine 1211.

Marktverlauf: Rinder, Kälber und Schafe flott, geräumt; Schweine gedrückt, bleibt Ueberstand. Preise für 100 Pf. Lebend- Schlachtgewicht

Ochsen.	Mt.	Mt.
Vollfleischige, ausgewasene, höchsten Schlachtwertes, 4—7 Jahre alt	74—80	135—140
Junge fleischige, nicht ausgewasene und ältere ausgewasene	68—71	125—130
Mäßig genährte junge und gut genährte ältere Bullen.	60—65	110—120
Vollfleischige, ausgewasene, höchsten Schlachtw.	64—68	112—118
Vollfleischige, jüngere	58—61	105—112
Mäßig genährte junge und gut genährte ältere Färsen, Kühe.	55—58	100—105
Vollfleischige ausgem. Färsen, höchsten Schlachtw.	62—72	115—133
Vollfleischige ausgem. Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	60—67	110—125
Wenig gut entwickelte Färsen	53—60	106—120
Ältere ausgewasene Kühe	50—57	100—114
Mäßig genährte Kühe und Färsen	41—47	82—94
Gering genährte Kühe und Färsen	30—33	68—87
Kälber.		
Feinste Mastkälber	82—86	137—148
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	78—82	128—137
Geringere Mast- und gute Saugkälber	70—76	119—129

Schafe.	
Weidemastschafe:	
Mastlamm und Mastlamm	60—00 130—00

Schweine.	
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	144.00—153.00 180.00—190.00
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	135.00—150.00 170—185.00
Vollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	144.00—153.00 180.00—192.00
Vollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	144.00—153.00 180.00—192.00

1c. Frankfurt a. M., 6. Sept. Frucht- und Futtermittelmarkt. Geschäft ruhig bei fester Stimmung. Preise gegen die Vorwoche kaum verändert. Futtermittel stark in Nachfrage. Weizen 68—70 Mt., Mais 55—60 Mt., Kofoskuchen 60 bis 62 Mt., Reinkuchen 67—68 Mt., Rapskuchen 50 Mt., Kleie 49 bis 51 Mt. Alles für 100 kg.

1c. Frankfurt a. M., 6. Sept. Kartoffelmarkt. Das Angebot, besonders aus der Wetterau, ist lebhaft, die Nachfrage ruhig. Wetterauer Speisefertartoffeln 8,25—8,75 Mt. frei Frankfurt. Alles per 100 kg.